

PASCAL GANTENBEIN – «Wir sprechen bei der Corona-Krise nicht nur von einem nachfrageseitigen, sondern in vielen Bereichen auch einem angebotsseitigen Schock für die KMU», sagt der Professor für Finanzmanagement an der Universität Basel.

«Ein Schock von beiden Seiten»

Schweizerische Gewerbezeitung:

Was sind die grössten Risiken, denen sich Schweizer KMU infolge der Corona-Krise gegenübersehen?

Pascal Gantenbein: Während die Einnahmen vieler KMU weggebrochen sind, lassen sich deren Ausgaben nicht so schnell herunterfahren. Neben kurzfristigen bilanziellen Verbindlichkeiten haben die Unternehmen operative Ausgaben für Löhne, Miete, Lizenzen, Energie, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Versicherungsprämien sowie weitere vertragliche Zahlungen zu leisten. Sind keine genügenden Liquiditätsreserven vorhanden, droht die Zahlungsunfähigkeit und möglicherweise ein Konkurs.

Wir sollten aber auch an die mittel- und längerfristigen Auswirkungen denken: Lohnausfälle infolge von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit führen dazu, dass die Leute weniger ausgeben und irgendwann Schwierigkeiten bekommen, ihre Mieten zu bezahlen. Der daraus resultierende Nachfragerückgang und die Umsatzeinbussen werden umso stärker ausfallen, je länger die Krise dauert. All diese Effekte kommen erst mit einer gewissen Verzögerung. Daher ist es wichtig, dass mit der Liquiditätshilfe überbrückt wird, um diese negative Entwicklung so weit zu verlangsamen, dass die nachhaltigen Kapazitäten möglichst intakt bleiben, um gegen Ende dieser ausserordentlichen Situation die Produktion wieder hochfahren zu können.

Welche Bedeutung hat die Liquidität der Firmen für die Bewältigung der aktuellen Lage?

Liquidität ist für KMU überlebenswichtig. Wenn die Unternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können, sei dies im operativen Geschäft oder bezüglich ihrer Finanzierungsverbindlichkeiten, droht die Zahlungsunfähigkeit. Und diese Illiquidität kann, trotz möglicherweise gesunden Strukturen und bilanzieller Solvenz, schnell in eine Überschuldung umschlagen und letztlich in einen Konkurs münden. Viele KMU können nicht lange überleben mit den vorhandenen Ressourcen, wenn die Einnahmen wegfallen,



«Kurzfristig stehen nicht Verzerrungen im Vordergrund, sondern das Überleben der Unternehmen und das Gewähren einer schnellen Hilfe für KMU», sagt Finanzexperte Pascal Gantenbein. Bild: zVg

da eine Anpassung der Kostenstruktur deutlich mehr Zeit in Anspruch nimmt. Und wir sollten nicht vergessen, dass wir aktuell nicht nur einen nachfrageseitigen, sondern in vielen Bereichen auch einen angebotsseitigen Schock haben.

Der Bundesrat unterstützt die Wirtschaft mit vorerst 42 Milliarden Franken. Wie lange wird dieser Betrag ausreichen, um die Wirtschaft vor Schlimmerem zu bewahren?

Das hängt davon ab, wie lange diese ausserordentliche Situation andauert. Zurzeit ist das nur schwierig abzuschätzen. Wichtig war es, den KMU schnell und unkompliziert unter die Arme zu greifen. Wenn diese Situation länger anhält, gehe ich davon aus, dass der gesprochene Betrag angepasst werden muss.

Wie schätzen Sie das Vorgehen des Bundesrats rund um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise bisher ein?

Der Bundesrat hat für die Wirtschaft einschneidende Entscheidungen getroffen. Gleichzeitig hat er aber mit der Lancierung des grössten Hilfspakets der Schweizer Wirtschaftsgeschichte ein klares Zeichen gesetzt. Wie tief die Spuren sein werden, hängt davon ab, wie lange diese ausserordentliche Situation andauern wird.

Neben dem Garantieprogramm sind ja noch weitere Massnahmen wichtig, etwa im Bereich Kurzarbeitsentschädigung und Erwerbsersatz. Aber auch das Parlament hat mit der Genehmigung des Verpflichtungskredits von 20 Milliarden schnell gehandelt, ebenso die Schweizerische Nationalbank und die Bankenaufsicht. Diese Koordination und die Verzahnung mit dem Finanzsektor haben sehr gut funktioniert.

Finanzminister Ueli Maurer sagt, Firmen kämen «innert 30 Minuten» zu Krediten von bis zu einer halben Million. Ist ein solches Vorgehen seriös – und wie soll das ganz praktisch funktionieren?

Das Ziel der Regelung ist klar: Sie soll «Vertrauen schaffen und sofort helfen». Eine schnelle und unkomplizierte Hilfe für die KMU war nötig. Der Bund hat mit den Banken das Garantieprogramm erarbeitet und nutzt nun die bestehende Infrastruktur. Bei einem Kredit bis 500 000 Franken ist keine vertiefte Kreditprüfung notwendig – dafür würden bei einem Programm dieser Grössenordnung auch Zeit und Kapazitäten fehlen. Der Bund bürgt bei diesen Beträgen. Beim Covid-19-Kredit Plus (über 500 000 Franken) ist eine ordentliche Kreditprüfung notwendig, was eine weitergehende Prüfung bedingt.

Viele Firmen erwarten Unterstützungsbeiträge à fonds perdu; nun sollen sie aber «nur» Kredite bekommen. Führen die Massnahmen des Bundesrates zu einer vermehrten Verschuldung der KMU – und damit zu einer erheblichen Benachteiligung für die Zeit nach der Krise?

Auch wenn auf den Covid-19-Kredit (bis 500 000 Franken) weder Zinsen noch Gebühren anfallen, sind es keine Geschenke. Es geht in erster Linie darum, dass die KMU rasch und unkompliziert die notwendige Liquidität erhalten. Die Unternehmen müssen gleichwohl entscheiden, ob ihr bisheriges Geschäftsmodell auch in Zukunft Bestand haben kann und wirtschaftlich nachhaltig ist oder ob jetzt der Moment gekommen ist, das Business zu überdenken.

Welche Rolle spielen die Banken in der Corona-Krise?

Die Banken waren von Anfang an aktiv in der Erarbeitung des Garantieprogramms, und sie spielen eine zentrale Rolle in dessen Umsetzung. Eine gemeinsame Finanzplatzlösung ist wichtig, um die existierenden Instrumente und Strukturen zu nutzen.

Sie sind Vizepräsident des Verwaltungsrats der Raiffeisen-Gruppe. Wie unterstützt «Ihre» Bank aktuell Schweizer KMU? Raiffeisen war massgeblich an der Erarbeitung des Garantieprogramms

des Bundes beteiligt. Der Banken-Gruppe war es wichtig, den KMU rasch und unkompliziert unter die Arme zu greifen. Prozesse wurden wo möglich vereinfacht. Raiffeisen ist mit ihren 229 Raiffeisenbanken und sechs Niederlassungen lokal verankert und kennt ihre Kundinnen und Kunden sehr gut. Das ermöglicht unkomplizierte und unmittelbare Lösungen. Bereits vor der Lancierung des Garantieprogramms des Bundes hat Raiffeisen eine Soforthilfe von 100 Millionen Franken für die KMU bereitgestellt. Dies für die Zeit bis zur Inkraftsetzung und Auszahlung von Liquidität im Rahmen des Garantieprogramms.

Sie lehren Finanzmanagement an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel. Was kann die Wissenschaft zugunsten der Schweizer KMU derzeit leisten?

Die heutige Situation zeigt, wie wichtig eine solide Ausbildung von zukünftigen Entscheidungsträgern ist, die in Privatwirtschaft, Verwaltung und Politik faktenbasiert und besonnen – aber wenn es darauf ankommt, auch sehr entschieden – handeln. Die Forschung zeigt, dass sich Liquiditätssengpässe schnell zu Konkursen ausweiten können, nicht nur bei Finanzinstituten, sondern auch in der Industrie. Das Wissen um diese Effekte sowie um die volkswirtschaftliche Dynamik, die daraus entstehen kann, ist auch erkennbar in den jetzigen Entscheidungen des Bundesrats.

Was erwarten Sie von den Versicherungen? Was müssen diese heute tun, damit sich die Lage für die KMU wieder beruhigt?

In der jetzigen Situation sind seitens aller Akteure pragmatische Lösungen gefordert, aber bei gleichzeitiger Respektierung der jeweiligen Geschäftspraktiken und Standards sowie der vertraglichen Verpflichtungen und des rechtlichen Rahmens. Alle stehen in der Verantwortung.

Derzeit greift der Staat massiv in die Wirtschaft ein. Wie kann dieser – momentan zweifellos hilfreiche – Einfluss später wieder eingedämmt werden?

Aus einer wirtschaftsliberalen Sicht sind die jetzigen Unterstützungen natürlich ein Sakrileg. Aber sie sind als Ausgleich für einen noch massiveren Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit notwendig und vor diesem Hintergrund für den Bestand unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unverzichtbar. Zudem stehen kurzfristig nicht Verzerrungen im Vordergrund, sondern das Überleben der Unternehmen und das Gewähren einer schnellen Hilfe. Bei länger anhaltendem, krisenbedingtem Eingriff kann es in dessen Verzerrungen geben. Eine spätere Normalisierung sehe ich als absolut realistisch an, da die Unterstützung limitiert ist auf diese Notlage. Die Kosten der heutigen Eingriffe sowie der Unterstützungsprogramme aber werden sowohl die Privatwirtschaft wie die Staatshaushalte noch länger begleiten.

Interview: Gerhard Enggist

DIE MEINUNG

Gespräch suchen – statt verweigern



Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Die Corona-Krise hat die Schweiz, ja die ganze Welt, fest im Griff. Regierungen beschliessen Massnahmen, die noch vor wenigen Wochen völlig undenkbar gewesen wären. So hat auch der Schweizer Bundesrat Entscheide getroffen, welche die Wirtschaft unseres Landes – und dabei namentlich die KMU – ins Mark treffen.

Zur Erinnerung: Kleine und mittlere Unternehmen prägen das Bild der Schweizer Volkswirtschaft. 99,8 Prozent aller Unternehmen sind KMU, d.h. Firmen mit weniger als 250 Arbeitnehmenden. 88 Prozent beschäftigen gar weniger als 10 Mitarbeitende. Nicht wenige Unternehmen sind Einzelfirmen. All diese Firmen bieten zwei von drei Arbeitsplätzen in der Schweiz an. Sie bilden 80 Prozent aller Lernenden aus. Und sie sind für rund 60 Prozent der Wertschöpfung in der Schweiz verantwortlich. Bei der Frage nach dem Umgang mit der Corona-Krise geht es demnach um nichts weniger als um das Überleben dieser Firmen – um nicht zu sagen: ums Überleben der Schweiz, wie wir sie kennen.

Auf all jenen, die sich dafür einsetzen, dass die Schweiz die schwerste Krise seit dem 2. Weltkrieg so heil wie nur möglich übersteht, lastet derzeit viel Druck. Wie gehen sie damit um? Die Gewerkschaft Unia versucht, mit der Forderung nach einem nationalen Shutdown – also auch dem Herunterfahren jeglicher wirtschaftlicher Tätigkeit – zu punkten. Unter dem Deckmäntelchen der Gesundheitsfürsorge und ohne jede Gesprächsbereitschaft will sie die Betriebe an ihrer Arbeit hindern, Baustellen schliessen und sich zum Arbeitskontrolleur für alle und alles aufschwingen. Die Unia will damit ihre Position innerhalb der Gewerkschaften stärken – und würde als grösste Arbeitslosenkasse der Schweiz von einem Shutdown profitieren wie niemand sonst. Diese Haltung ist verantwortungslos, um nicht zu sagen skandalös.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv und seine Mitglieder, die kantonalen Gewerbeverbände und die Branchenverbände, sehen ihre Verantwortung darin, in dieser Krise einen völlig anderen Weg zu gehen: Kooperation statt Konfrontation. So sind Vertreter des sgv in ständigem, oft täglichem Kontakt mit den zuständigen Bundesratsmitgliedern, bringen die Anliegen der KMU in die zuständigen Departemente und Ämter – hauptsächlich das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco – ein und sorgen im Austausch mit den kantonalen Gewerbeverbänden (KGV) dafür, dass diese jederzeit im Bilde sind darüber, was in Bundesbern gerade diskutiert wird.

Gleichzeitig sorgt der sgv dafür, dass die gewerbliche Stimme aus den Kantonen – nicht zuletzt die entschiedene Ablehnung eines verheerenden landesweiten Shutdowns – in Bern gehört wird. Ihrerseits stellen die Vertreter der KGV sicher, dass diese Anliegen bei den jeweiligen Kantonsregierungen wahrgenommen und unterstützt werden.

Am Ende geht es darum, was nationale Organisationen in der aktuellen Lage für ihre Mitglieder, für die KMU und ihre Arbeitsplätze zu erreichen in der Lage sind. Dass die Unia mit ihrem Alleingang tatsächlich die Interessen ihrer Mitglieder vertritt, ist stark zu bezweifeln. Der sgv und seine Mitstreiter jedoch haben schon wesentliche Erfolge zugunsten der KMU vorzuweisen. Wir bleiben am Ball; trotz – und gerade wegen – Corona.

#LOCALSUPPORT

Aktivieren Sie jetzt Ihr Kundennetzwerk

In ausserordentlichen Situationen können kreative Ansätze ein erster Schritt sein, um diese zu überbrücken. Mit der kostenlosen Crowdfundingplattform **lokalhelden.ch** haben KMU ab sofort die Möglichkeit, ihr Kundennetzwerk zu aktivieren. Eröffnen Sie auf der Plattform Ihr LocalSupport-Projekt und bieten Ihren Kunden **Gutscheine oder Abos für Ihre Produkte und Dienstleistungen** an. Während des Corona-Lockdowns können Sie so kurzfristige Umsatzeinbussen überbrücken. Die Leistungen erbringen Sie zu einem späteren Zeitpunkt. Um die nötige Reichweite für Ihr Projekt zu erhalten, bietet Ihnen die Plattform kostenlos Unterstützung. Mehr Informationen unter: www.lokalhelden.ch/localsupport

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag: Schweizerischer Gewerbeverband sgv
Schwarzorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14
Fax 031 380 14 15, verlag@sgv-usam.ch, www.gewerbezeitung.ch
Herausgeber: Hans-Ulrich Bigler, Direktor **Verlagsleitung:** Mirjam Voser

Leitung Kommunikation: Corinne Aeberhard **Redaktion:** Gerhard Enggist, Chefredaktor; Adrian Uhlmann, Stv. Chefredaktor; Corinne Remund, Redaktorin – redaktion@gewerbezeitung.ch, abo@gewerbezeitung.ch **Anzeigen:** CH Regionalmedien AG, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau **Leitung:** Elvis Sahman, Tel. 058 200 56 32, elvis.sahman@chmedia.ch

Herstellung: CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen
Auflage: 108 383 Exemplare (WEMF-Beglaubigung 2019). Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen.